

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 07.11.2023

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:55 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste (*Anlage*)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 07.11.2023, 16.30 Uhr mit 6 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellte außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2023

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 4 – 0 – 2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit führte aus, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagte, dass keine schriftlichen Einwohnerfragen vorlagen. Es meldete sich nunmehr ein anwesender **Bürger** und stellte 3 Fragen:

Frage 1:

„Warum gibt es keine Antworten auf die Bürgerfragen? Ich hatte dies beim letzten Mal schon reklamiert, ohne dass es sich etwas getan hat. Ganz konkret auch dieses Mal wieder das Beispiel aus der Sitzung vom 18.04.2023. Antwortzeit sind 6 Wochen. Was jeder mal selber rechnen kann.“

Herr Horváth fragte, ob dies die Frage sei.

Dies bejahte der **Bürger**.

Des Weiteren fragte **Herr Horváth** nach, ob die Anfrage diesen Ausschuss betreffe und welche Frage gestellt wurde.

Der **Bürger** sagte dazu wörtlich:

„Die schriftlichen Antworten auf Bürgeranfragen im Infoportal werden so eingestellt, dass die Frage des Bürgers nicht mehr eingestellt wird oder eine eigene Frage des Amtes hier irgendwo kreiert wird. Wer auch immer dieses tut. Und das kann ja nicht sein. Denn wenn man noch nicht mal die Frage erkennt. Das funktioniert nicht.“

Herr Horváth sagte, dass der Bürger eine Antwort auf seine Fragen erhalten habe, er mit der Form der Mitteilung aber wohl nicht zufrieden sei. **Herr Horváth** führte weiterhin aus, dass er im letzten Ausschuss Ausführungen getroffen hatte, das heißt, dass dies an das Stadtratsbüro weitergeleitet wurde. Die in den Ausschüssen gestellten Anfragen der Bürger werden dann online gestellt.

Der **Bürger** monierte, dass es wieder falsch eingestellt wurde. Es war schon damals die Anfrage. Diese ist bis heute aber nicht beantwortet worden.

Herr Horváth betonte, dass er gerade auf die Anfrage geantwortet hat und fragte nunmehr nach, welche Frage falsch eingestellt wurde.

Der **Bürger** wollte nochmals konkret nachschauen, aber es seien mehrere Fragen. Das Problem sei, dass man die Fragen einfach abändere.

Herr Horváth sicherte zu, dass diesbezüglich eine Prüfung erfolge. Es wird nochmals durchgestellt, dass die Fragen, so wie sie gestellt werden, im Bürgerinfoportal veröffentlicht werden mit den dazugehörigen Antworten. **Herr Horváth** bat den Bürger, die Fragen, die nicht so formuliert wiedergegeben wurden, nochmals zu benennen, damit man dem nachkommen könne.

Der **Bürger** sagte, dass er dies in der Sitzung am 18.04. konkret gemacht hatte.

Herr Horváth sagte, dass man zwischen den beiden Sitzungen bei dem Bürger um Konkretisierung seiner Fragestellungen gebeten hatte. Dies wurde allerdings nicht gemacht. Des Weiteren führte **Herr Horváth** aus, dass der Bürger in verschiedenen Ausschüssen auftrete, welches natürlich sein gutes Recht sei, aber dort immer dieselben Fragen stelle. Die Verwaltung wird aber nicht in jedem Ausschuss die gleiche Frage beantworten. Natürlich könne es vorkommen, dass sich Dinge überschneiden oder etwas vergessen wird, so **Herr Horváth**. Er stellte klar, dass der Bürger für diesen Ausschuss die Antworten auf seine Fragen bekäme.

Der **Bürger** sagte, wenn die Antwort ordnungsgemäß gegeben wurde und danach verfahren würde, könnte ja nicht jetzt erneut genau derselbe Sachverhalt auftreten.

2. Frage:

„Warum gibt es immer noch keine Lösung wegen der telefonischen Erreichbarkeit der Stadt. Heute bin ich Punkt 12 aus der Leitung geflogen mit der Begründung, außerhalb der Sprechzeiten anzurufen. In den Sprechzeiten nimmt keiner ab. Also der Bürger ruft vor 12 an, kommt in die Warteschleife und ab Punkt 12 Uhr wird einem erklärt, dass man außerhalb der Sprechzeiten anrufe und deshalb keiner mehr erreichbar sei. Auch das hatte ich hier schon ganz konkret angesprochen. Was sich geändert hat, es kommt jetzt kein Text mehr: „Sie werden gleich verbunden.“ Jetzt kommt nur noch Musik. Das hat sich geändert. Der Bürger würde lieber jemanden erreichen, das dürfte man sicher nachvollziehen können.“

Darauf antwortete **Herr Horváth**, dass der Bürger diese Frage bereits im Hauptausschuss am 04.10.2023 gestellt hatte und ihm dazu mitgeteilt wurde, dass die Stadtverwaltung nicht nur unter ausschließlich einer Nummer erreichbar sei, sondern dass die Stadtverwaltung ganz viele Nummern hat, unter der sie zu erreichen ist. Zu konkreten Sachverhalten oder Sachthemen sind die Sekretariate der Ämter immer erreichbar. Er führte weiter aus, dass es verschiedene Notfallnummern gibt. Dem Bürger wurde bereits in der Vergangenheit erklärt, dass es unter der Nummer 2040 teilweise Personalengpässe gibt. Der Bürger solle ihm doch Datum und Uhrzeit nennen, damit eine Prüfung erfolgen kann, woran die Nichterreichbarkeit lag. Eventuell wurde ein anderes Gespräch parallel geführt. Das Telefon ist nur von einer Person besetzt und kann dann nicht von einer zweiten bedient werden. So ist das System nun einmal geschaltet. Dies war möglicherweise der Hintergrund der Nichterreichbarkeit, so **Herr Horváth**.

Der **Bürger** konkretisierte, dass der Anruf am heutigen Tage kurz vor 12 Uhr erfolgte.

3. Frage:

„Von welchem Interesse ist der Umweltschutz hier in der Stadt und vor allem mit dem Schwerpunkt Umweltdetektive? Ich hatte am 04.10. eine Nummer der Umweltdetektive von der Stadt erhalten. Ich habe dann, weil nur ein Anrufbeantworter ranging, meine Daten und Anliegen hinterlassen und um Rückruf gebeten. Dieser erfolgte bis

heute nicht. Ich habe dann heute erneut versucht, dort jemanden zu erreichen. Jetzt geht nicht mal mehr ein Anrufbeantworter ran. Der Bürger möchte illegale Müllentsorgungen der Stadt Dessau-Roßlau melden, dafür scheint sich von Seiten der Umweltdetektive niemand zu interessieren. Umweltstadt Dessau! Der Bürger ist wieder sehr gern bereit, zu handeln und Initiative zu zeigen. Auch jetzt kann man hier immer noch nicht auch mit Suchfunktion die Erreichbarkeit der Umweltdetektive auf der Stadtseite irgendwo anzeigen. Weder wo sie anzutreffen sind, noch zu welchen Zeiten sie überhaupt erreichbar sind. Und deshalb versucht man es dann über die Zentrale. Der Bürger hat nur die Nummer 204-1438. Das ist das, was ich erhalten habe. Das dürfte ein Festnetzanschluss sein. Wäre es dann nicht sinnvoll, ein Mobiltelefon für diese Mitarbeiter zu nutzen, da sie ja aufgrund ihrer Tätigkeit wohl außerhalb des Büros tätig sind.“

Herr Horváth fragte nach der Umweltsünde, die vom Bürger entdeckt wurde.

Der **Bürger** sagte hierzu, dass es sich um illegal abgeladenen Müll an zwei Stellen handelt, und zwar am Weg vom Bahnhof Alten in Richtung Rothkegel, der durch ein Waldstück führt. Der **Bürger** hätte dies gern gemeldet, aber das ist scheinbar nicht möglich. Es sei auch nicht das erste Mal, so der **Bürger**.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau fragte, ob der Bürger versucht hätte, beim Ordnungsamt anzurufen.

Herr Horváth sagte, dass man sich auch über E-Mail bei der Stadt melden könne. Des Weiteren führte er aus, dass es keiner privaten oder dienstlichen Handynummer der Umweltdetektive bedarf. Er wies darauf hin, dass man Verstöße bei der Verwaltung melden könne und dies dann an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werde.

Deshalb habe der **Bürger** versucht, sich an die Zentrale zu wenden, um sich dann entsprechend durchstellen zu lassen, da er nicht genau wusste, an wen er sich wenden soll.

Herr Kellner, Fraktion der CDU führte aus, dass er des Öfteren Telefonate mit der Stadtverwaltung in den verschiedensten Ämtern und den verschiedensten Durchwahlnummern führe. Er habe ganz selten Probleme, jemanden zu erreichen. Er sagte, dass sogar unter Mittag manche Mitarbeiter erreichbar seien. Des Weiteren gab **Herr Kellner** Herrn Horváth Recht und sagte, dass er als Stadtrat in zwei weiteren Ausschüssen sitze. Manche Fragen des Bürgers seien ja berechtigt. Er bat ihn, seine konkreten Fragen nur in einem und nicht in mehreren Ausschüssen zu stellen. Hinsichtlich der Meldung von illegal abgeladenem Müll gab **Herr Kellner** dem Bürger Recht. Dies müsse geklärt werden.

Der **Bürger** sagte, dass man die Frage im Protokoll vom 18.04.2023 nachlesen könne. Diese sollte schriftlich erteilt werden im Intranet unter Bürgeranfragen. Dort sei sie allerdings nicht zu finden.

Frau Hoyer, Leiterin des Amtes 32 merkte hinsichtlich der Umweltdetektive an, dass diese im Stadtordnungsdienst angegliedert sind. Der dort verantwortliche Dispatcher ist telefonisch unter der Nummer 204-2800 von Montag bis Freitag von 6.00 bis 21.30 Uhr zu erreichen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kellner, Fraktion der CDU fragte, ob in diesem Jahr ein Weihnachtssingen stattfinden wird.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit konnte hierzu keine Aussage treffen, da dies wohl in den Bereich des Oberbürgermeisters, des Amtes für Kultur und Sport fällt. Er würde dies aber in Erfahrung bringen und dann informieren.

Des Weiteren fragte **Herr Kellner** nach dem angedachten Blitzer auf der Bundesstraße 185, Höhe der Ortslage Mildensee, kommend von der Autobahn stadteinwärts. Ihn würde interessieren, ob dieser noch geplant und in welchem Zeitraum damit zu rechnen sei. Weiterhin interessiere ihn, wann die Sperrung der Zerbster Brücke erfolge.

Herr Horváth antwortete darauf, dass die halbseitige Sperrung der Zerbster Brücke nach seinem derzeitigen Kenntnisstand zum 30.11.2023 in Kraft tritt, vor dem Hintergrund, dass entsprechend der Planung die Streetzer Brücke, die dann als Umleitungsstrecke mit dient, zum 30.11.2023 fertiggestellt wird. Der Grund, warum die Brücke eher gesperrt werden soll, sind bauliche Gründe. Er führte aus, dass bis zum 30.11.2023 wöchentliche Sichtkontrollen durchgeführt werden, um dann entsprechend reagieren zu können, falls sich Änderungen ergeben. Das heißt, die Brücke ist nachzeitigem Kenntnisstand bis zum 29.11.2023 geöffnet, ab 30.11.2023 soll die halbseitige Sperrung aus Richtung Dessau kommend erfolgen.

Jetzt fragte **Herr Kellner**, ob die Durchfahrt der Behörden der öffentlichen Sicherheit während der halbseitigen Sperrung auch in gegengesetzter Fahrtrichtung gewährleistet ist.

Herr Horváth führte aus, dass dies gewährleistet ist, sowohl für die Behörden der öffentlichen Sicherheit als auch für den ÖPNV.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau sagte, dass die Bahn vor Jahren beschlossen hatte, die Bahnübergänge zurückzubauen. Dies wurde aus dem Grund abgelehnt, dass wenn die Brücke nicht befahrbar sei, die Rettungskräfte über die vorhandenen Bahnübergänge fahren könnten.

Darauf antwortete **Herr Dähne, Amt 32**, dass es die Überfahrten am Stellwerk in Höhe des Tunnels gab. Ob es diese immer noch gibt, konnte **Herr Dähne** nicht bestätigen. Diese Überfahrten sind für den Havariefall vorgesehen, also wenn die Brücke eingestürzt ist.

Herr Dähne führte zum Blitzer auf der B 185 aus, da dieser außerorts stehen würde, dürfte dieser von der Stadt Dessau-Roßlau nicht betrieben werden. Die zuständige Behörde ist hier die Polizeiinspektion. Von Seiten der Polizei gibt es allerdings kein Interesse, diesen Blitzer zu betreiben, so **Herr Dähne**.

Herr Kellner sagte, dass die Polizei schon berechtigtes Interesse hätte, denn jeden zweiten Tag wird dort in beide Richtungen geblitzt. Er bat darum, das Anliegen zu verschriftlichen, damit nicht irgendetwas dort passiert.

Herr Horváth sagte, dass er dies mit in die Verwaltung nehmen würde. Möglicherweise gibt es auch noch andere Gründe, warum dies nicht passiert.

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragte nach der Parksituation in der Wolfgangstraße.

Dazu führte **Herr Dähne** aus, dass die Parkflächen in der Wolfgangstraße mit dem Umbau des Albrechtsplatzes entstanden seien. Diese liegen nach der Parkgebührenordnung der Stadt Dessau-Roßlau im Tarifgebiet 1. Da dieses Gebiet städtisch ist, muss eine Bewirtschaftung über Parkscheine vorgenommen werden. Nach Prüfung der Angelegenheit ist die Freigabe für Bewohner leider nicht möglich, so **Herr Dähne**, weil dort kein Bewohnerparkgebiet vorliegt und auch die Einrichtung eines Bewohnerparkgebietes nach StVO nicht erfüllt.

Herr Kellner sagte hierzu, dass vor dem Umbau des Albrechtsplatzes dort bereits Parkplätze waren, die nunmehr weggefallen bzw. kostenpflichtig geworden sind. Direkt vor dem Wohnblock in der Wolfgangstraße stehen erst nach 19.00 Uhr Autos. Ob es im Interesse der Stadt liegt, egal welches Parkgebiet / Parkzone ist, leere Betonflächen vorzuhalten, fragte sich **Herr Kellner**. Er sagte weiterhin, dass den Leuten, die nicht die Möglichkeit haben, auf dem Hof zu parken, sehr viele Parkplätze weggenommen wurden.

Herr Dähne sagte, dass vor dem Umbau einige Flächen nicht einmal Parkflächen waren.

Herr Kellner betonte, dass es Anwohner gibt, die keine Möglichkeit haben, auf ihrem Grundstück zu parken. Vielleicht sollte man hier Kulanz walten lassen, so **Herr Kellners** Vorschlag. Ihn störe, dass es keine Lösungsansätze gäbe. Und das sei nicht nur in diesem Fall so.

Herr Horváth wird die Anfrage mit in die Stadtverwaltung nehmen. Es sollte geprüft werden, ob es nicht doch Möglichkeiten gibt, in der Nähe oder genau dort, Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Herr Büttner, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) fragte nach, ob es in Dessau-Roßlau noch die Schwarzwildprämie in Höhe von 65,00 € gäbe und wie viele Wildschweine in diesem Jahr erlegt wurden.

Herr Haak, Amt 32 führte zur Prämie aus, dass diese noch bis zum 31.12.2023 ausbezahlt werde. Im Zeitraum vom 01.04.2023 bis 30.09.2023 wurden 220 Wildschweine im gesamten Stadtgebiet erlegt.

Herr Büttner sprach das Wildschweinproblem in Dessau-Kühnau an. In der Argenteiler Straße sei dies ein Unfallschwerpunkt und es müsste gehandelt werden. Des Weiteren fragte er, ob die Jagd zum Ordnungsamt verlegt wird und ob Jagd und Forst getrennt werden.

Herr Horváth antwortete darauf, dass es der Wunsch sei, den Stadthjäger der Ordnungsbehörde zuzuordnen. Hier erfolgt derzeit eine Prüfung. Es werden die entsprechenden Anträge auf den Weg gebracht, um zu prüfen, wie man mit den Aufgaben verfährt. Der Stadthjäger ist derzeit beim Tiefbauamt angesiedelt. Dieses ist verantwortlich für den kommunalen Forst, also für den Unterhalt der Flächen. Deshalb wurde der Stadthjäger diesem Amt zugeordnet.

Herr Büttner war der Meinung, dass die Prüfung zeitnah erfolgen solle, damit der Jäger aktiv werden könne.

Der Stadthjäger sei nicht dem Dezernat V unterstellt, sondern dem Dezernat III, so **Herr Horváth**. Die Arbeitszeit des Stadthjägers wurde auch in Abstimmung mit dem Personalrat nunmehr geregelt. Die entsprechende Genehmigung zur Nacharbeitszeit liegt bis zum 31.01.2024 vor. Wann und wie gejagt wird, erfolgt in Abstimmung mit anderen Jägern, so **Herr Horváth**. Im nächsten Ausschuss sollte dieses Thema noch einmal intensiver behandelt werden.

Herr Büttner sprach nunmehr einen Fall der afrikanischen Schweinepest in Kühnau an, der sich allerdings nicht bestätigt hatte. Er fragte diesbezüglich, ob die Jäger Schulungen erhalten.

Frau Erxleben, Leiterin des Amtes 53 sagte hierzu, dass alle Jäger / Kreisjägerschaft ein Informationsblatt diesbezüglich erhalten hatten, wie man sich bei Ausbruch der afrikanischen Schweinepest zu verhalten habe.

Herr Büttner fragte nach der Baumaßnahme am Neuen Acker. Da die Straße aufgebrochen wird, erfolgt die Umleitung des Verkehrs über einen unbefestigten Weg direkt an den Häusern vorbei. Er bat darum, dass sich das zuständige Amt die Situation einmal ansieht. Die Anwohner schlagen vor, den unbefestigten Weg mit Schotter aufzufüllen, damit das Wasser nicht in der Senke verbleibt.

Herr Horváth wird die Anfrage an das Tiefbauamt weiterleiten.

7 Beschlussfassungen

7.1 Programme der Städtebauförderung – Anträge der Stadt Dessau-Roßlau für das Programmjahr 2024 Vorlage: BV/263/2023/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob zur Beschlussvorlage Einführungsbedarf bestünde. Dies war nicht der Fall.

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung Vorlage: BV/283/2023/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung, da nach Anfrage kein Einführungsbedarf bestand.

Abstimmungsergebnis: 5 – 1 – 0

7.3 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung Vorlage: BV/284/2023/I-61

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau fragte nach dem Umweltbericht, der unter Nr. II der Anlage 3 der Beschlussvorlage erwähnt ist.

Darauf antwortete **Herr Schmidt, Leiter des Amtes 61**, dass man sich in der Phase des Vorentwurfes befände. Diese wird jetzt in die Beteiligung gegeben. Beim Flächennutzungsplan sind es die Naturschutzverbände, die Träger öffentlicher Belange, die sonstigen Behörden und die Öffentlichkeit allgemein. In diesem Verfahrensschritt werden auch die Aspekte des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes ermittelt. Diese werden dann in eine Umweltprüfung im Rahmen eines Umweltberichtes zusammengeführt, der dann dem Entwurf beigelegt wird. Dieser Entwurf, der dann wieder durch die politischen Gremien läuft, kommt erst zu einem Zeitpunkt, wenn dieser Verfahrensschritt abgeschlossen ist und die qualifizierten Unterlagen dann für die förmliche Beteiligung erarbeitet wurden.

Herr Kellner, Fraktion der CDU verließ 17.07 Uhr den Raum und betrat ihn 17.09 Uhr wieder.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit stellte sodann die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 1

7.4 Haushaltssatzung 2024, Haushaltsplan 2024, Stellenplan 2024
Vorlage: BV/281/2023/II-20

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagte, dass in der letzten Stadtratssitzung der Haushalt bereits vorgestellt wurde. Die entsprechenden Haushaltsberatungen folgen in den nächsten Tagen. Er bat Herrn Müller, Leiter des Amtes 37 den Haushalt des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst vorzustellen. **Herr Horváth** führte weiter aus, dass bei der Kämmerei der entsprechende Haushalt angemeldet werde. Danach folgen Haushaltsvorberatungen, bei denen nicht alle Punkte mit aufgenommen werden oder Kompromisse gefunden werden müssen. Gerade in dem Bereich, wo bestimmte Sachlagen erfüllt sein müssen (Gefahrenabwehr und Gefahrenbekämpfung), die möglicherweise in dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht aufgenommen wurden.

Herr Müller, Leiter des Amtes 37 stellte anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als *Anlage* beigelegt ist, den Haushalt für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst vor.

Herr Kellner, Fraktion der CDU sagte, dass es wichtig sei, die Feuerwehreute sowie die Kinder- und Jugendfeuerwehren mit der entsprechenden Kleidung auszustatten. Er monierte, dass die Kämmerei den Rotstift hier und bei den Fahrzeugen der Feuerwehr ansetze. Fahrzeuge aus einer Risikoanalyse, die von Fachleuten bewertet wurden und die die Stadträte zusammen beschlossen hatten, herauszustreichen, konnte **Herr Kellner** nicht nachvollziehen. Dann sagte er, dass er sich an die Debatte um das KGSt-Urteil erinnere. Hier hatte man sich gütig geeinigt, dass man pro Wachabteilung eine A7-Stelle schaffen wolle. Dies habe er im Stellenplan nicht gesehen.

Herr Müller sagte, dass eine A8-Stelle mehr geschaffen wurde, das heißt, dass eine A7-Stelle gestrichen und eine A8-Stelle geschaffen wurde.

Dies sei ja nur eine Beförderung und keine neue Stellenneuschaffung, so **Herr Kellner**. Er meinte, sich erinnern zu können, dass durch die Stellenneuschaffung eine Entlastung im Amt herbeigeführt werden sollte. Er empfahl, die alten Protokolle zu prüfen.

Herr Horváth sagte, dass ihm dies ebenfalls nicht bekannt sei und führte aus, dass drei neue Stellen in der Rettungsleitstelle geschaffen wurden. Wenn es Vereinbarun-

gen gab, hätten diese bereits im Jahr 2023 enthalten sein sollen. Er sicherte eine Prüfung zu.

Herr Kellner betonte, dass es hier um Menschenleben ginge und deshalb nicht gespart werden solle. Die Uniform hat vor wenigen Jahren noch 800,00 / 900,00 € gekostet. Mittlerweile muss man fast das Doppelte dafür bezahlen, so **Herr Kellner**.

Herr Horváth dankte Herrn Kellner für seine Ausführungen und sagte, dass die Verpflichtungsermächtigungen mit aufgenommen werden müssten, aber kassenwirksam würden diese erst im Jahr 2025 werden und würden die Mittelfristplanung belasten. Er erläuterte, dass die Fahrzeuge, die angeschafft werden sollen, in der Risikoanalyse mit enthalten sind. Diese würden dann im Jahr 2025 / 2026 angeschafft werden müssen. Man kann nur ausschreiben, wenn im Haushalt von 2025 Gelder vorhanden sind. Dies wird durch die Verpflichtungsermächtigungen erreicht, so **Herr Horváth**. Hier ist das aber nicht gemacht worden. Im Ergebnishaushalt geht es um zwei Positionen, also Schutzkleidung sowie Aus- und Fortbildung.

Herr Kellner merkte an, dass im Hauptausschuss solche Angelegenheiten diskutiert werden könnten. Die Stadträte aller Fraktionen könnten hier einen Antrag zur Einbringung in den Haushalt stellen, so **Herr Kellner**.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste war der Meinung, dass diese Empfehlungen, also die rot markierten Zahlen mit aufgenommen werden, um diese in den Haupt- und Finanzausschuss weiterzuleiten. Hier ginge es ja nicht nur um den Schutz der einzelnen Kameraden, sondern auch um den Schutz in der Stadt, so **Frau Koschig**.

Herr Fessel bat darum, die Präsentation vorab per Mail in den nächsten Tagen an die Stadträte und Fraktionen zu senden.

Dies sicherte **Herr Horváth** zu. Des Weiteren sagte er, dass mit der Abstimmung eine Empfehlung bzw. Ergänzung auf die entsprechend dort aufgeführten roten Zahlen erfolgen könnte. Er schlug nach Diskussion der Stadträte hierzu vor, die entsprechenden zwei Seiten des Vortrages als Anlage zum Beschluss zu nehmen und dann weiter zu diskutieren. **Herr Horváth** nahm Bezug auf Frau Koschigs Ausführungen und sagte, dass er sich für das Ehrenamt stark machen werde, denn der ganze Bereich auch durch das Ehrenamt funktioniere. Dies sei nicht zu vergleichen mit den Kosten der Berufsfeuerwehr.

Herr Kellner sprach die Feuerwehrrente an, die als freiwillige Leistung von der Stadt an die aktiven Kameraden gezahlt wird. Ansonsten gäbe es kein Geld für das Amt. In anderen Kommunen sähe dies anders aus. Hier werden für Einsätze Gelder gezahlt, führte **Herr Kellner** aus.

Herr Horváth sagte, dass es insgesamt ca. 650 ehrenamtliche Feuerwehrleute einschließlich des Nachwuchses gäbe. Diese sind zwar derzeit nicht alle aktiv, stellen

aber eine Sicherung für die Zukunft dar. Das Ehrenamt ist eine wichtige Säule für das Funktionieren der Feuerwehr, welches relativ geringe Kosten begründet, so **Herr Horváth**. Ihm sei es ein persönliches Anliegen, hier stärker zu agieren. Die zwei Haushaltspositionen und die Ausstattung mit Fahrzeugen sollten daher auch in den Haushalt mit aufgenommen werden, zumal diese auch in der Risikoanalyse unter-
setzt sind.

Herr Horváth stellte sodann die Haushaltssatzung, also die BV/281/2023/II-20 zur Abstimmung mit der ergänzenden Empfehlung entsprechend der zur **Anlage** genommenen Präsentation mit den dort markierten roten Zahlen zur weiteren Diskussion im Haushaltsausschuss und Aufnahme in den Haushalt 2024.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 1

7.5 Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 und Folgejahre **Vorlage: BV/282/2023/II-20**

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung, da keine Fragen bestanden.

Abstimmungsergebnis: 2 – 0 – 4

Dann wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit schloss die Sitzung 17.55 Uhr.

Dessau-Roßlau, 31.01.24

Stefan Horváth
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin